

NZZ magazin



Daniel Winkler

INTERVIEW

«Man darf diese Debatte nicht alten weissen Männern in den Hinterzimmern überlassen»

Die Schweiz müsse ihre Neutralität neu denken, sagt Anna-Lina Müller, neue Co-Chefin der Denkfabrik Foraus. Sie sieht drei Optionen, zwei schlechte, eine gute.

Alan Cassidy 04.06.2022, 21.45 Uhr

**Die Schweiz wird am 9. Juni erstmals in den Uno-Sicherheitsrat gewählt.
Was kommt da auf uns zu?**

Anna-Lina Müller: Diese Wahl ist eine grosse Chance. Die Schweiz erhält die Gelegenheit, ihre Anliegen und Ideen in der ersten Reihe zu platzieren. Und sie kann im Rat ihr aussenpolitisches Netzwerk vertiefen, was ihr bei anderen Gelegenheiten zugute kommen wird.

Die Schweiz wird im Sicherheitsrat oft in heiklen Fragen Stellung beziehen müssen. Das ist für ein neutrales Land ein Risiko.

Ach, wir sprechen in der Schweiz viel zu oft über Risiken. Für die eigenen Werte einzustehen, ist immer mit Risiken verbunden. Sich gar nicht zu exponieren, ist verantwortungslos. Schweden, Norwegen und Irland haben gezeigt, dass sich auch kleine Staaten im Sicherheitsrat einbringen können. Angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen gibt es erst recht Potenzial für ein Land, das für Vermittlung und Kompromiss steht. Und schliesslich wird der Sitz im Sicherheitsrat auch bei uns zu Hause verdeutlichen, wie wichtig Aussenpolitik ist.

Ist denn das nicht längst klar?

Nein. In manchen Kreisen hält sich hartnäckig der Irrglaube, die beste Aussenpolitik sei, gar keine zu haben – oder alles bloss durch die Brille der Handelspolitik zu betrachten. Aber das ändert sich, gerade bei jungen Menschen. Aussenpolitik ist sexy, weil sie uns zu verstehen hilft, wofür wir als Land stehen – und wo wir hinwollen. Diese Debatte darf man nicht alten weissen Männern in den Hinterzimmern der Politik überlassen. Wir müssen uns breit und inklusiv damit auseinandersetzen.

Zur Person

Daniel Winkler

Anna-Lina Müller

Die 28-jährige Anna-Lina Müller ist seit Mai 2022 Co-Geschäftsführerin des Think-Tanks Foraus, der sich auf die Schweizer Aussenpolitik konzentriert. Sie studierte Politik an den Universitäten Oxford, Zürich und Leiden und arbeitete unter anderem beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten sowie der Uno. Müller ist Mitglied einer externen Expertengruppe, die im Auftrag von Bundespräsident Ignazio Cassis Vorschläge zur Entwicklung der Neutralität erarbeitet.

Sie wurden von Bundespräsident Cassis in eine Expertengruppe berufen, die an einem neuen Neutralitätsbericht mitarbeitet. Wo soll die Schweiz in Ihren Augen hin?

Wir stehen an einem Scheideweg, dem wichtigsten seit dem Ende des Kalten Kriegs. Ich sehe drei Möglichkeiten, zwei schlechte, eine gute: Wir können uns erstens als Inselstaat verstehen und uns entsprechend isolieren. Wir können zweitens eine opportunistische Aussenpolitik betreiben, die sich an kurzfristigen Interessen orientiert – was dazu führen wird, dass wir nicht als verlässliche Partnerin wahrgenommen werden. Oder wir können drittens eine konsistente und konstruktive Aussenpolitik verfolgen, bei der wir uns klarwerden, wer unsere wichtigsten Partner sind – und die Beziehungen zu diesen pflegen.

Das klingt nach einer Abkehr von einer starren Neutralität.

Die wurde ohnehin nie starr gehandhabt. Natürlich soll die Schweiz weiterhin mit allen Staaten im Dialog bleiben. Und es ist auch nicht im Interesse der Schweiz, wenn die Welt in rivalisierende Blöcke zerfällt, nicht zuletzt, weil wir wirtschaftlich so eng vernetzt sind. Aber trotzdem müssen wir uns bewusst werden, dass manche Beziehungen wichtiger sind als andere.

Und welche sollen das sein?

Die Beziehungen zu Staaten, die unsere Werte teilen. Der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie und der Einsatz für Frieden sind als aussenpolitische Ziele in der Bundesverfassung vorgeschrieben. Daran muss sich unser Handeln messen. Das heisst nicht, unsere Neutralität aufzugeben. Aber wir werden vermehrt in Situationen geraten, in denen wir uns klar positionieren müssen. Man stelle sich nur vor, was geschehen würde, wenn China Taiwan angreifen würde. Deshalb müssen wir uns immer klar sein, dass Neutralität immer nur ein Mittel der Aussenpolitik sein kann, nicht das Ziel.

Im Ausland scheint es allerdings schon jetzt einige Verwirrung darüber zu geben, ob die Schweiz überhaupt noch neutral ist.

Es gibt sicher Klärungsbedarf, mehr noch innenpolitisch. Wir müssen uns fragen: Was an der Neutralität ist Mythos? Was Realität? Und wie schaffen wir es, dass wir für das Ausland berechenbar bleiben? Im Krieg kommuniziert der Bundesrat vieles nicht gut.

Aus der EU steigt der Druck auf die Schweiz, die Weitergabe von Kriegsmaterial an die Ukraine zu erlauben. Zu Recht?

Das zeigt genau das Problem der Berechenbarkeit. Es gibt für die Weitergabe von Rüstungsgütern rechtliche und politische Argumente auf beiden Seiten. Aber man muss schon konsistent bleiben. Es ist kaum zu begründen, warum die Schweiz Waffen an Saudiarabien liefert, das in Jemen Krieg führt, aber bei der Ukraine anders entscheidet. Wenn man wie Bundesrat Cassis von «kooperativer Neutralität» spricht, müssen alle wissen, was damit gemeint ist. Mit wem kooperieren wir – und warum? Das müssen wir beantworten, nicht nur für den Kriegs- und Ausnahmefall.

Sie meinen die Beziehungen zur EU?

Auch. Es ist jetzt etwas mehr als ein Jahr her seit dem Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen. Seither haben wir den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erlebt, Europa ist in der Folge noch näher zusammengedrückt – aber wir stehen immer noch am gleichen Punkt wie im vergangenen Sommer. Das ist frustrierend.

Der Bundesrat versucht einen neuen Anlauf. War nicht immer klar, dass das Zeit brauchen würde?

Ja. Aber die Zeit drängt. Wenn die Schweizer Universitäten nicht bald einen Anschluss an das Horizon-Programm finden, wird sich die Forschung für die kommenden Jahre anderweitig orientieren. Dasselbe gilt für gewisse wirtschaftliche Akteure.

Wer trägt Schuld an der Blockade?

Wir brauchen in allen Lagern mehr Pragmatismus. Wir haben bei Foraus gerade untersucht, welche Folgen die Übernahme der EU-Unionsbürgerrichtlinie konkret hätte, vor der sich ja viele fürchten, weil sie angeblich zu einer Einwanderung in die Sozialwerke führen würde. Doch wenn man es nüchtern betrachtet, sieht man: Viele der umstrittenen Punkte müsste die Schweiz aus rechtlicher Sicht gar nicht übernehmen. Aber in der Debatte geht das völlig unter. Es wäre gut, wir würden mehr über die Chancen und nicht mehr nur über die Gefahren von neuen Abkommen sprechen.

Das wäre auch Sache des Bundesrats.

Ja, aber der betreibt lieber Geheimniskrämerei. Deshalb diskutieren wir nun seit Wochen über Briefe an und von der EU, die über Lecks an die Medien geraten. Wie ich eingangs sagte: Politik im Hinterzimmer. Ich bezweifle, dass man auf diese Weise alle Akteure mitnimmt, die für eine Lösung in der Europafrage an Bord sein müssen – dazu zählen auch die jungen Menschen.

Wird die Europafrage den Graben zwischen den Generationen verschärfen?

Ich kann nicht für alle jungen Leute sprechen. Aber in meinem Umfeld spüre ich eine Ernüchterung darüber, dass wir uns als Land von Europa wegbewegen. Und es gibt viele junge Forschende und Studierende, die schon ganz konkret spüren, dass sich die Situation mit der EU verschlechtert hat, was zum Beispiel Austauschprogramme angeht.

Ist das die Furcht der Generation Easy Jet vor einem Verlust ihrer Freiheiten?

Ein Stück weit, ja. Ich habe selbst zwei Jahre lang in Grossbritannien gelebt, studiert und gearbeitet. Als dort wegen einer neuen Corona-Variante die Grenzen zungen, hatte ich keine Möglichkeit, über die Weihnachtstage in die Schweiz zu kommen. Ich sass auf dieser Insel fest. So geht das ja vielen Menschen auf der Welt, für die keine Reisefreiheit gilt. Aber als junge Europäerin kennt man das nicht. Und im übertragenen Sinn wurde mir klar: Ich will auch nicht, dass die Schweiz eine Insel wird.

Unter Schweizer EU-Gegnern wird Grossbritannien immer noch als Vorbild hochgehalten. Wie war Ihre Wahrnehmung?

Ich fand den Vergleich immer schwierig, weil Grossbritannien eine ganz andere Ausgangslage hat. Das Land sieht sich anders als die Schweiz als globale Macht. Aber wie ein Aufbruch in ein neues goldenes Zeitalter fühlt es sich dort für mich nicht an. Mir fiel vor allem auf, dass die Leute extrem müde und ausgelaugt sind von den jahrelangen Kämpfen um den Brexit. Und dann sind da ja auch all die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen. Ein Vorbild für die Schweiz sehe ich jedenfalls nicht.

NZZ am Sonntag, Schweiz

Weiterlesen



Der Feminismus ist (fast) überall

Am Anfang ging es um Gleichstellung, doch jetzt kommen immer mehr Felder hinzu: Aussenpolitik, Ökonomie, Medizin, Klimapolitik. Ist der Feminismus das neue Allerheilmittel?

Andrea Kučera (Text) und Cornelia Gann (Illustration)

Durch die Woche mit den Newslettern des «NZZ Magazin»

Zwei kostenlose Angebote des «NZZ Magazin»: der werktägliche Newsletter «Und wie war Ihr Tag?» und der samstägliche Newsletter «Das Beste der vergangenen Woche».

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.